

## Menschenrechte

# Türkische Gemeinde ruft Mitglieder zu politischem Engagement auf

Die türkische Gemeinde in Deutschland appelliert an hier lebende Türken, über Menschenrechte zu reden. Man dürfe sich nicht von Erdoğan-Anhängern einschüchtern lassen.

21. Juli 2017, 10:57 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, KNA, tst / 226 Kommentare



Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoğlu © Gregor Fischer/dpa

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoğlu, hat die Türken in Deutschland zur Debatte über Menschenrechte aufgerufen. Anlass sind die Spannungen zwischen Türkei und Deutschland, deretwegen die Bundesregierung die Beziehungen zur Regierung in Ankara neu ordnen will [<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/deutsch-tuerkische-beziehungen-schaeuble-altmaier-maas>]. "Das Zusammenleben von Deutschen und Türken in Deutschland wird jetzt nicht einfacher", sagte Sofuoğlu der *Rheinischen Post*. "Aber wir müssen auch in der türkischen Gemeinde in Deutschland anfangen, über Menschenrechte zu reden."

Nach dem gescheiterten Putschversuch von vor einem Jahr hatte die türkische Regierung Zehntausende Menschen, darunter Beamte und Lehrer inhaftieren lassen. Auch ein deutsch-türkischer Journalist, ein deutscher Menschenrechtler und Mitarbeiter von Amnesty international sitzen in Haft. "Wir können nicht zusehen, wenn in der Türkei Menschen einfach verhaftet werden", sagte Sofuoğlu.

Die demokratischen Türken dürften sich auch nicht einschüchtern lassen, wenn sie Vaterlandsverräter genannt würden, nur weil sie die aktuellen Verhältnisse in der Türkei kritisierten.

Für viele sei es schwierig, dass von ihnen erwartet werde, dass sie sich zu Präsident Recep Tayyip Erdoğan äußerten und von ihm distanzieren, sagte Sofuoglu im SWR. Viele Türkischstämmige hätten aber "mit Türkei-Politik wenig am Hut".

## **Bundesregierung - Deutschland verschärft Reisehinweise für die Türkei**

*Außenminister Sigmar Gabriel hat eine Neuausrichtung der deutschen Türkei-Politik angekündigt. Er sagte, dass jeder Türkeireisende unter den Verdacht der Unterstützung von Terrororganisationen geraten könne. © Foto: Fabrizio Bensch/Reuters*

Als Reaktion auf die Verhaftung des Amnesty-Mitarbeiters Peter Steudtner und anderer Deutscher hatte das Auswärtige Amt die Reisehinweise für das Land verschärft [<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/bundesregierung-verschaerft-reisehinweise-fuer-die-tuerkei>]. Die Regierung kündigte zudem an, Handelsbürgschaften zu überprüfen.

Die Türken in Deutschland sind dem Vorwurf ausgesetzt, Erdoğan stärker zu unterstützen als die in der Türkei lebenden. Beim Verfassungsreferendum im April hatte ein höherer Anteil der Wahlberechtigten für die Pläne des Präsidenten gestimmt als in der Türkei selbst. Auch bei Wahlen zeigte sich das.

Die 1995 gegründete Türkische Gemeinde in Deutschland [<http://www.tgd.de/ubers/initialiven-und-rate/>] ist ein bundesweiter Dachverband von zehn Landesverbänden und etwa acht türkischen Organisationen. Sie versteht sich als parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung der in Deutschland lebenden Türken.